

Basta!

Nr. 2 / April 1999

Basels starke Alternative

Düstere Aussichten

Die Zahl der Arbeitslosen in der Schweiz ist seit letztem Sommer zurückgegangen, und schon lehnen sich viele PolitikerInnen zurück – zu Unrecht, denn die Zahlen trügen!



Die Zahl von Menschen, die Arbeit suchen, ist mit ca. 200'000 immer noch sehr hoch. Hinzukommen aber diejenigen, die an einem Weiterbildungskurs teilnehmen, in einer vorübergehenden Beschäftigung sind oder einen sogenannten Zwischenverdienst haben: Sie werden nicht zu den offiziellen Arbeitslosen gezählt. Weitere 3-4000 Personen werden monatlich angestellt. Sie haben keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosenunterstützung, und etwa die Hälfte bezieht anschliessend Sozialhilfe. Immer mehr Menschen bleiben für längere Zeit oder für immer von einer regulären Arbeit ausgeschlossen. Der Arbeitsmarkt kann es sich leisten, nur noch die jungen, gesunden und gut ausgebildeten Leute aufzunehmen.

Eine andere alarmierende Entwicklung ist zu beobachten: immer mehr Menschen müssen sich mit schlecht bezahlten und unsicheren Arbeitsmöglichkeiten abfinden. Viele – vor allem Frauen – arbeiten auf Abruf und wissen nie, wie viel Geld sie Ende Monat nach Hause bringen. Die Schere auf dem Arbeitsmarkt öffnet sich immer mehr: Wäh-

rend gut qualifizierte ArbeitnehmerInnen gesucht sind und Spitzenlöhne beziehen, werden weniger qualifizierte kaum noch fest angestellt. Viele müssen unfreiwillig eine Teilzeitstelle annehmen, sie sind ungenügend versichert, haben kaum Aufstiegs- oder Weiterbildungsmöglichkeiten, und der Lohn ist so tief, dass immer mehr Vollzeitbeschäftigte zu sog. 'working poor' werden.

Wenn wir die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt seit Beginn der 90er Jahre betrachten so stellen wir fest: In den Bereichen, die einen guten gewerkschaftlichen Organisationsgrad aufweisen, und in denen die Beschäftigten durch Gesamtarbeitsverträge abgesichert sind, konnten die Löhne einigermaßen gehalten werden.



„In den Bereichen, die einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad aufweisen, konnten die Löhne einigermaßen gehalten werden.“ (Foto: Interfoto)

In Bereichen ohne gewerkschaftliche Organisation und Gesamtarbeitsverträge sind die Löhne massiv gesunken, und die Arbeitsbedingungen haben sich verschlechtert.

Dies gilt beispielsweise für das Baugewerbe, die chemische Industrie, die Maschinenindustrie und für die Staatsangestellten. In Bereichen ohne gewerkschaftliche Organisation und Gesamtarbeitsverträge dagegen sind die Löhne massiv gesunken,

und die Arbeitsbedingungen haben sich verschlechtert. Der Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt hat nicht nur viele Arbeitsplätze im industriellen Sektor zum Verschwinden gebracht, sondern hat gleichzeitig auch den Organisationsgrad der ArbeitnehmerInnen geschwächt.

Deutlich zu sehen ist dies etwa am Beispiel der Chemie: Früher machte die gut organisierte Arbeiterschaft die Mehrheit der ArbeitnehmerInnen aus. Heute bilden die Angestellten die Mehrheit; diese sind kaum gewerkschaftlich organisiert. Wenn es den Gewerkschaften in den nächsten Jahren nicht gelingt im Dienstleistungsbereich Fuss zu fassen, wird die beschriebene Entwicklung sich noch beschleunigen und immer mehr auch gut qualifizierte ArbeitnehmerInnen treffen.

Fortsetzung Seite 2

Solidarität

„Ich plädiere dafür, Abstand von starren Identitätskonzepten zu halten. Solidarität kommt dort zustande, wo offene Fragen zugelassen sind. Wenn wir unsere Verunsicherung eingestehen, laufen wir weniger Gefahr, zu resignieren oder nach vorn zu flüchten. Wenn wir unsere Ohnmacht ausdrücken, finden wir eher zu gezielter Handlungsfähigkeit zurück. Der defensive Rückzug von einer Welt, die Angst macht, ändert ebenso wenig an ihr wie deren offensive Verklärung.“

Seite 3

Mutationen an:
Postfach 142, 4005 Basel

AZB
4005 Basel

In dieser Situation sind die bilateralen Verträge mit der EU für die Arbeitgeber ein Glücksfall. Durch die Personenfreizügigkeit bekommen sie endlich die gut ausgebildeten Arbeitskräfte, an denen es heute in der Schweiz mangelt – und sie brauchen diese nicht einmal selber auszubilden. Gleichzeitig wird ein zusätzlicher Druck auf die Löhne entstehen, was den Arbeitgebern ebenfalls gelegen kommt. Das, was die EU der Schweiz an sozialen und gewerkschaftlichen Rechten voraus hat, ist nicht Bestandteil der bilateralen Verträge und braucht deshalb nicht übernommen zu werden. Kein Wunder, dass die Arbeitgeber die bilateralen Verträge befürworten, gleichzeitig aber die von den Gewerkschaften geforderten flankierenden Massnahmen (und immer häufiger auch den EU-Beitritt) ablehnen.

Angesichts dieser eher düsteren Aussichten stehen heute zum Schutz der Ar-

beitnehmerInnen drei Forderungen im Zentrum:

- Die Arbeitszeit muss massiv gesenkt werden, damit wieder alle Menschen, die arbeiten wollen und können, eine Stelle finden. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat eine entsprechende Initiative lanciert, welche noch tatkräftige Unterstützung benötigt.
- Wir brauchen die gesetzliche Verankerung eines existenzsichernden Mindestlohnes. Es gibt Schätzungen, wonach in der Schweiz ca. 12% aller vollzeitlich Berufstätigen weniger als Fr. 3000.- verdienen!
- Schliesslich muss die Möglichkeit, Gesamtarbeitsverträge allgemeinverbindlich zu erklären, erleichtert werden.

Den bilateralen Verträgen sollten wir nur zustimmen, wenn sowohl im arbeitsmarktlichen, als auch im Verkehrsbe- reich genügend starke Schutzmassnahmen beschlossen werden. *Rita Schiavi*

Fraktionen

• Nicole Wagner ist Ende März aus dem Grossen Rat zurückgetreten. Nicht erschaffendes Engagement, sondern die Amtszeitverkürzung bewirkte diesen Entschluss. Nicole hat gut 10 Jahre lang im Grossen Rat politisch gewirkt, zuerst im Rahmen der progressiven Fraktion, dann der Fraktion Grüne / BastA! Wir möchten ihr hier nochmals herzlich danken für die politische Arbeit, die sie als Grossrätin geleistet hat, und freuen uns, dass wir auch weiterhin auf ihre Sachkompetenz und ihre politischen Impulse zählen können.

• Ueli Mäder will von der Regierung wissen, ob es zutreffe, dass die in Basel angesiedelte Johann Wolfgang Goethe-Stiftung vom Hamburger Unternehmer und NS-Täter Alfred Töpfer finanziert worden ist, und fragt in seiner Interpellation u.a.: „Ist der Regierung bekannt, dass der Hamburger Unternehmer Alfred Toepfer trotz seiner NS-Vergangenheit die Ehrendoktorwürde der Universität Basel in den 70er Jahren erhielt? Wie lässt sich diese Verleihung mit den humanistischen Zielen der Universität vereinbaren?“

• Die Erziehungsrätin Regula Enggist befasst sich in einem Leserinnenbrief an die BaZ mit der Absetzung von Thomas Bürgi als Leiter des Ressort Schulen. Sie drückt ihr Erstaunen darüber aus, dass der Erziehungsrat vom Vorsteher des ED nicht vorgängig informiert worden ist, und fragt: „Warum diese Nacht- und Nebelaktion? Was muss da vertuscht werden?“ Regula hat sich von der Reorganisation des ED einiges erhofft: schlankere Hierarchien, bessere Information, demokratische Abläufe. Doch das Gegenteil ist eingetroffen.

Austauschinserrat

Unterschriftenbogen
bestellen bei

GSoA
Postfach 324
4127 Birsfelden
Tel. 061/373 92 59
Fax 061/313 09 95



Unterschreibe die
GSoA-Initiativen
**„Für eine Schweiz
ohne Armee“**
und
**„Für einen Zivilen
Friedensdienst“**



Auf nach Bern!

Das links-grün-feministische Bündnis hat gute Chancen, bei den kommenden Nationalratswahlen einen Sitz zu erringen.

Wie wir bereits berichtet haben, werden BastA!, Frauenliste, Grüne und die beiden PdA gemeinsam zu den Nationalratswahlen 1999 antreten. Das Bündnis kann nicht nur mit kompetenten KandidatInnen aufwarten, es hat auch inhaltlich einiges zu bieten. In einer fast 30-seitigen Broschüre haben wir unsere politischen Schwerpunkte, Perspektiven und Forderungen formuliert. Die Broschüre kann ab sofort auf dem BastA! Sekretariat bestellt werden (siehe Talon auf der letzten Seite).

Für BastA! kandidieren auf der gemeinsamen Liste Rita Schiavi und Ueli Mäder. *Rita Schiavi*, Jahrgang 1955, hat sich vor allem als engagierte Gewerk-

schafterin und Grossrätin einen Namen gemacht. Sie ist Präsidentin der Regionalkommission, Vice-Präsidentin des Ober- rheinrats und Vorstandsmitglied in der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) Nordwest-Schweiz. Rita ist Soziologin, in der Erwachsenenbildung tätig, Geschäftsführerin des Job Club und Mutter von zwei Kindern. *Ueli Mäder*,

Jahrgang 1951, präsidiert die Fraktion Grüne/BastA! Er ist Dozent an der Uni Basel und an der höheren Fachschule für soziale Arbeit. Als Leiter der „Basler Armutsstudie“ wurde er weit über die Kantons- grenzen hinaus bekannt. Ueli ist Vater von drei erwachsenen Kindern.

Auf der Bündnisliste kandidieren ferner: Andrea Büchler Grünseis (FraB), Margrith von Felten (parteilos, bisher), Anita Lachenmeier-Thüring (Grüne) und Jürg Stöcklin (Grüne).

Aufruf

Das Bündnis hat gute Chancen, einen Sitz zu erringen. Doch das „Ticket nach Bern“ hat seinen Preis. Wir sind nicht nur auf viel politisches Engagement angewiesen, sondern auch auf finanzielle Unterstützung. Mit Ihrer Spende tragen Sie dazu bei, dass wir einen lebendigen Wahlkampf führen können und unsere politische Stimme vielleicht bald auch in Bern zu hören sein wird. (PC 40-31244-5, Vermerk „Wahlen“)



Solidarität - das Einfache, das so schwierig ist. (Foto: Peter Jesse)

Solidarität

Gesellschaft

Ich wollte etwas über die Abschaffung der Billettsteuer schreiben, die in Basel die Gemüter bewegt. Aber was soll das, wenn in Ex-Jugoslawien Krieg ist und so viele Menschen leiden?



Wir konsumieren die Bilder. Das Fernsehen zeigt uns Tag für Tag die Bombardierungen und Flüchtlingsströme. Im „Zeit-Magazin“ vom 12.4.99 lese ich, wie ein

Chauffeur vor Ausbruch des Krieges eine Familie vor der Rückschaffung nach Kosovo bewahrte. Er führte sie – ohne Zusatzhonorar – von Deutschland nach England. Die Familie durfte dort bleiben. Der Chauffeur musste bleiben. Ein Gericht verurteilte ihn wegen der entdeckten Fluchthilfe zu fünf Jahren Gefängnis. Er muss jetzt für seine Solidarität büssen. Bloss moralische Schelte erhielt die Schweizer Bundespräsidentin für ihre symbolische Solidarität. Sie flog ins Krisengebiet und nahm zwanzig Flüchtlinge mit in die heile Schweiz zurück. Die unkonventionelle Geste zeugt – nebst Zivilcourage – auch von einer Hilflosigkeit, die uns allen zu schaffen macht und sich gut an andern kritisieren lässt.

Was wir tun, ist kaum erwähnenswert. Wir haben uns, schon bevor der Konflikt eskaliert ist, gegen die Rückschaffungen eingesetzt. Wir haben im

Grossen Rat mit einer Resolution darauf gedrängt, die Anstrengungen einer politischen Konfliktlösung zu unterstützen. Einzelne von uns demonstrierten jeweils am Mittwoch um 17 Uhr auf dem Basler Münsterplatz gegen die Bomben der NATO und gegen die schrecklichen „Säuberungen“ von Milosevic. Viele fordern, die UNO zu stärken, das Vetorecht der Grossmächte abzuschaffen und den Beitritt der Schweiz endlich zu verwirklichen. Letztlich bleibt aber die Ohnmacht – und die Frage der Solidarität, über die wir derzeit viel und recht grundsätzlich diskutieren.

Wir sind von Kindesalter an auf andere angewiesen. Unsere Eigenständigkeit wächst in Beziehungen und fördert die

Wir sind von Kindesalter an auf andere angewiesen. Unsere Eigenständigkeit wächst in Beziehungen und fördert die Solidarität. Ohne Autonomie kommt es zu Gefolgschaft.

Solidarität. Ohne Autonomie kommt es zu Gefolgschaft. Die Moderne schürt, was fundamentalistische Strömungen anbieten: eine Sehnsucht nach Identität, die

unter pluralistischen Bedingungen keine Gesellschaft zusammenhalten kann. Das fundamentalistische Selbst setzt auf ewige Wahrheiten. Das solidarische versucht, sich nicht vereinnahmen zu lassen. Es lehnt auch die Fiktion eines ungebundenen Selbst ab. Identität heute

beinhaltet Verlust an Eindeutigkeit. Solidarität akzeptiert Ambivalenz. Die NATO-Intervention in Ex-Jugoslawien deutet darauf hin, wie wenig die siegreichen Institutionen des Westens bereit sind, ihr dogmatisches Selbstverständnis aufzugeben.

Die kulturelle Vielfalt gerät hoffentlich zum Stolperstein für jene, die alte deckungsgleiche Identitäten anstreben. Das gilt insbesondere auch für Milosevic.

Dass viele Linke, was Ex-Jugoslawien betrifft, schlicht wortlos sind, drückt auch die Suche nach einer Solidarität aus, die alte Schwarz-Weiss-Muster überwindet.

Mit der Pluralisierung verbreitet sich ein Verständnis, das Differenzen respektiert. Die ambivalente Identität lässt Widersprüche zu, ohne in Beliebigkeit abzuweichen. Die Akzeptanz einer Differenz, die nicht auf Spaltung angelegt ist, fördert Entwicklungsprozesse. Sie vermindert ausgrenzende Homogenisierungen, die Identität als etwas verstehen, das entweder gegeben ist oder sich verordnen lässt. Ich plädiere dafür, Abstand von starren Identitätskonzepten zu halten. Solidarität kommt dort zustande, wo offene Fragen zugelassen sind. Wenn wir unsere Verunsicherung eingestehen, laufen wir weniger Gefahr, zu resignieren oder nach vorn zu flüchten. Wenn wir unsere Ohnmacht ausdrücken, finden wir eher zu gezielter Handlungsfähigkeit zurück. Der defensive Rückzug von einer Welt, die Angst macht, ändert ebenso wenig an ihr wie deren offensive Verklärung. Wenn sich die Moderne rückwärts bewegt, muss die Solidarität nicht Schritt halten. Dass viele Linke, was Ex-Jugoslawien betrifft, schlicht wortlos sind, drückt auch die Suche nach einer Solidarität aus, die alte Schwarz-Weiss-Muster überwindet.

Ueli Mäder



Solidarische Gesellschaft

Von Ueli Mäder ist soeben das Buch „Für eine solidarische Gesellschaft“ (Rotpunktverlag, Zürich 1999, 300 S., Fr. 36.-) erschienen. Er geht von den sozialen Problemen aus, diskutiert Ursachen und skizziert Lösungsansätze.

Armut, Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung, Krise des Sozialstaates, neue Unübersichtlichkeit, Risikogesellschaft und Werteverlust – diese Stichworte deuten an, was an der Schwelle zum 21. Jahrhundert viele Menschen beschäftigt. Zahlreiche Publikationen weisen daraufhin, dass der sich verbreitende Individualismus den sozialen Zusammenhalt gefährdet. Ob das zutrifft, ist zu prüfen. Unbestritten ist das Ziel, soziale Sicherheit für möglichst alle Menschen zu erreichen. Aber wie? Diese Frage wird unterschiedlich beantwortet. Die einen setzen mehr auf staatliche, andere auf private Anstrengungen. Das bringen verschiedene Konzepte der Selbsthilfe und Solidarität zum Ausdruck. Sie berühren Schnittstellen zwischen der persönlichen und der gesellschaftlichen Verantwortung. Dabei interessiert: Was soll die kleinere Einheit



eines Gemeinwesens tun, was die grösstere? Wie kommen sozial Benachteiligte dazu, sich für eigene Interessen einzusetzen? Welche Unterstützung benötigen sie? Auf der Suche nach Antworten knüpft Ueli Mäder vertiefend und ergänzend an frühere Erhebungen an. In seinem Fazit beschreibt er, wie sich die Haus- und Erwerbsarbeit gerechter verteilen, die Grundsicherung grenzüberschreitend ausbauen und eine Sozialzeit für alle einführen liessen.

Gemeinsame Petition

Ein schweizerisch-kurdisches Komitee hat eine Petition für eine politische Lösung des Kurdistankonflikts lanciert.

Die Entführung Abdullah Öcalans aus der griechischen Botschaft in Nairobi und dessen Auslieferung an die Türkei hat viele demokratisch gesinnte Menschen in Europa empört. Es ist zu befürchten, dass Abdullah Öcalan von der türkischen Justiz zum Tode verurteilt und hingerichtet wird. Eine politische Lösung des Kurdistankonflikts würde damit in weite Ferne rücken.

Die europäischen Regierungen – auch die schweizerische – sind an dieser verfahrenen Situation nicht unschuldig. Obwohl bekannt ist, dass in der Türkei Menschenrechtsverletzungen, systematische Folter und Repression gegen alle demokratischen Kräfte an der Tagesordnung sind, haben die europäischen Staaten es bisher tunlichst vermieden, politischen Druck auf das türkische Regime auszuüben, dies nicht zuletzt aus Rücksicht auf die lukrativen wirtschaftlichen Beziehungen mit der Türkei. So hat auch der Bundesrat im Wissen um die prekäre Menschenrechtslage in der Türkei Ex-

portrisikogarantien gewährt, beispielsweise für das umstrittene Staudammprojekt in Kurdistan.

Unter Federführung von BastA! hat sich in Basel ein breit abgestütztes Komitee "Solidarität mit Kurdistan" gebildet. Mit einer Petition fordern wir den Bundesrat auf,

- alles in seiner Macht stehende zu unternehmen, dass Abdullah Öcalan einen fairen Prozess nach international anerkanntem Recht erhält und insbesondere nicht zum Tode verurteilt und hingerichtet wird.
- die guten Dienste der Schweiz anzubieten und eine internationale Konferenz für eine politische Lösung des Kurdistankonflikts anzustreben.
- einen permanenten Dialog mit VertreterInnen der kurdischen Bevölkerung in der Schweiz zu institutionalisieren.
- einen sofortigen Ausschaffungsstop für alle kurdischen Asylsuchenden in der Schweiz zu erlassen.

Tagesbetreuung: nötiger denn je

Im April befindet der Grosse Rat über die Zukunft der Tagesbetreuung von Kindern.

Seit Jahren ist das Erziehungsdepartement und vorher das Justizdepartement mit diversen Interpellationen zur Tagesbetreuung von Kindern konfrontiert worden. Was hat das bisherige Laborieren gebracht? Eine teure Studie (Füeg), welche einer sachlichen Kritik nicht standgehalten hat, sowie diverse Anläufe und ad-hoc-Kommissionen, deren Arbeit Flickwerk ist. Wenn bürgerliche Kreise heute einen Ausbau der Tagesbetreuung mit gleichzeitigem Sparauftrag fordern, so ist das in sich widersprüchliche, billige Wahlrhetorik.

Es ist allgemein bekannt, dass die Familienstrukturen sich im Wandel befinden. Immer mehr Kinder wachsen mit einem Elternteil auf. Immer mehr Familien brauchen zwei Erwerbseinkommen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Immer mehr Mütter suchen nach Wegen, Ausbildung, berufliches Weiterkommen und Kinderbetreuung in Einklang zu bringen. Immer mehr Kinder können sich in unserer ausgrenzenden Gesellschaft nicht mehr zurechtfinden.

Können wir es angesichts dieser Sachlage verantworten, im Bereich Tagesbetreuung eine minimale Billiglösung anzubieten? Die Tagesbetreuung hat sich bis jetzt als Unterstützung der Familien gut bewährt. Sie kann den Kindern Orientierung bieten und ihre Persönlichkeit und ihren sozialen Umgang in der Gemeinschaft fördern. Die Aufgabenbegleitung wirkt in Richtung Chancengleichheit und unterstützt damit auch die Schulen. Die grosse Nachfrage nach Tagesbetreuungsplätzen übersteigt das Angebot bei weitem. In dieser Situation ist es kontraproduktiv, der Tagesbetreuung Sparmassnahmen aufzuzwingen. Die Kluft zwischen arm und reich darf nicht auf Kosten der Kinder vergrössert werden.

Im Parlament wird im April ein Konzept für die Tagesbetreuung behandelt, welches zwar einen Leistungsausbau vorsieht, aber gleichzeitig die finanziellen Mittel auf dem heutigen Stand einfriert. Dies wird nur mit einem Qualitätsabbau möglich sein. BastA! wird sich dafür einsetzen, dass für einen zukunftsorientierten Ausbau der Tagesbetreuung auch die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Evelyn Mühlfriedel

(Der Ratschlag der Regierung ist inzwischen im Grossen Rat behandelt und mit grossem Mehr an eine Kommission überwiesen worden, um eine differenziertere Vorlage auszuarbeiten.)

Service public, ade?

Auslagerungen

Kantonsspital und BVB, die personalintensivsten Betriebe der Stadt, sollen noch dieses Jahr in „öffentlich-rechtliche Anstalten“ verwandelt werden. Solche Auslagerungen sind in Mode, aber nicht jede Mode ist originell!



Sanitätsdirektorin Schaller will im Rahmen des Projektes „Kantonsspital 2001“ dieses nicht mehr selber leiten, sondern das Zepter einem Spitalrat übergeben, und nun zeichnet sich ab, dass auch SP-Kollege Lewin die Basler Verkehrs Betriebe (BVB) noch dieses Jahr vom Kanton abtrennen will. Zudem ist im Departement der Dritten im SP-Bunde, Regierungsrätin Schneider, die Verselbständigung wenn nicht gar die Privatisierung der Industriellen Werke Basel (IWB) geplant. Die Universität und das Kinderspital haben den Auslagerungsprozess bereits hinter sich, und in beiden Fällen spielte das Argument der Beteiligung des Kantons Basel-Land eine entscheidende Rolle. Da beide Auslagerungen ohne nennenswerten Widerstand über die Bühnen gingen, fühlt sich die Regierung offenbar zu weiteren Schritten ermuntert. Auffallend ist, dass es die personalintensivsten Betriebe des Kantons sind, die von diesem neusten Zaubertrick betroffen sind: über 4'000 Beschäftigte im Kantonsspital und etwa 1000 bei den BVB sollen in Zukunft nicht mehr beim Kanton angestellt sein.

Die aktuellen Projekte zur Auslagerung von staatlichen Betrieben fallen nicht aus heiterem Himmel. Sie sind Resultat einer politischen Logik, die immer weniger der Suche nach gerechten gesellschaftlichen Lösungen und immer mehr ökonomistischem „Effizienzdenken“ ver-

pflichtet ist. Betriebswirtschaftliche Werte werden in mechanistischer Manier staatlichem Denken und Handeln aufgepfropft. Der ehemals vorbildliche Arbeitgeber Staat soll bei „der Privatwirtschaft“ Nachhilfeunterricht in Produktivität und Flexibilität nehmen. Motor dieses Wandels ist der politisch geschaffene Spardruck. Nach der Privatisierung der Zentralwäscherei und dem gescheiterten Versuch auch die Kehrrichtentsorgung zu privatisieren, heisst der neuste Zaubertrick zur Schwächung des Service Public jetzt Auslagerung von Verwaltungseinheiten in „öffentlich-rechtliche Anstalten“.

Was bedeutet Auslagerung konkret? Die BVB etwa wäre nach der Auslagerung nicht mehr integraler Bestandteil des Kantons und seiner Verwaltung, sondern bekäme eine eigenständige Rechtsform. Während heute ein demokratisch gewählter Verwaltungsrat den Kurs bestimmt, würden dies in Zukunft externe Manager und Honorationen übernehmen. Auch die Finanzierungsverhältnisse könnten sich verändern, indem nicht nur der Kanton, sondern auch Dritte (andere Gemeinden oder Private) Leistungen der BVB bestellen und finanzieren könnten. Dadurch würden mittelfristig auch veränderte Besitzverhältnisse möglich, wobei entscheidend ist: Dieser Prozess verläuft schleichend und ausserhalb

der öffentlichen Kontrolle.

Für die BVB-Direktion würde die Auslagerung grössere Eigenständigkeit und mehr „unternehmerischen“ Spielraum schaffen. Sie wäre nicht mehr an die bestehenden kantonalen Vorgaben gebunden. Dies gilt insbesondere für die Anstellungsbedingungen des Personals.

Deren Verbände müssten mit der Direktion einen neuen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) aushandeln, der von Grund auf alle Anstellungs-

bedingungen neu definiert. Ob und in welchem Masse diese Bedingungen an den Kanton angepasst werden müssen, ist nicht geklärt, da rechtliche Leitplanken fehlen. Die Erfahrung zeigt aber, dass sogenannte „Liberalisierungen“ mittelfristig immer zu Ungunsten des Personals verlaufen. Gleichzeitig ist zu befürchten, dass sich die Kaderlöhne – selbstverständlich nach oben – „dem Markt anpassen“. Generell sinkt die Transparenz, u.a. weil auch die Rechnungsaufsicht privatisiert wird. Eine echte Haftbarkeit wird nicht geschaffen, übernimmt doch der Staat weiterhin ein allfälliges Defizit.

Mit der Auslagerung von Kantonsspital, BVB und IWB will sich der Kanton auf die Verwaltung zurückziehen und bisher zentrale Aufgaben nicht mehr selber erfüllen. Damit strebt die Regierung ein grundlegend neues System von „öffentlichem Dienst“ an. Wichtigste Neuerung: Die Öffentlichkeit, das heisst das vom Volk gewählte Parlament und letztlich das Stimmvolk, hat zum „öffentlichen Dienst“ bald nicht mehr viel zu sagen. Regierung und Verwaltungsräte regeln die Dinge ohne lästige parlamentarische Kontrolle. Sollen in Zukunft nur noch wenige handverlesene Damen und Herren darüber entscheiden, ob das Tram alle siebeneinhalb oder alle zehn Minuten kommt? Welche Kompetenzen bleiben beim Parlament, und wie soll es in Zukunft seine Kontrollfunktion wahrnehmen? Was muss in einem Leistungsauftrag geregelt werden, und was nicht? Wie wirken sich die Auslagerungen auf die Leistungen des Service Public aus? Die Regierung täte gut daran, solch grundlegende Veränderungen zuerst in einer breiten öffentlichen Diskussion zu prüfen. Tut sie dies nicht, so muss sie sich auf hartnäckigen Widerstand gefasst machen.

Martin Engel



„Sollen in Zukunft nur noch wenige handverlesene Damen und Herren darüber entscheiden, ob das Tram alle siebeneinhalb oder alle zehn Minuten kommt?“ (Foto: Interfoto)

Echo der Zeit

BastA!-Veranstaltungszyklus

Montag, 31. Mai 1999, 20.00 Uhr
Gundelinger Casino (Tellplatz 6)
Europa gestalten oder verwalten -
und die Schweiz?

Ein kontroverses Podium mit
Joe Schelbert, Markus Mugglin und
Rita Schiavi. Moderation: Ueli Mäder.

Montag, 14. Juni 1999, 20.00 Uhr.
Rest. Rheinfelderhof (Hammerstr. 61)
Schreckgespenst Islam. Umgang mit
fundamentalistischer Herausforderung.
Referat von Alexander Gschwind,
anschliessend Diskussion.

☐ Ich interessiere mich
für BastA! Schickt mir mehr
Unterlagen.

☐ Ich möchte regelmässig von
BastA! hören. Ich spende min-
destens Fr. 50.- und bekomme
den detaillierten BastA!-
Versand.

☐ Ja, ich will Mitglied von BastA!
werden und bezahle einen
monatlichen Beitrag von
Fr.

(Richtgrösse ist 1% des
Nettoeinkommens, der
Minimalbeitrag für Leute mit
geringem Einkommen beträgt
Fr. 10.- pro Monat).

☐ Ich bestelle ... Exemplar(e) der
Bündnis-Wahlplattform (30
Seiten. Freiwilliger Unkosten-
beitrag)

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Adresse: _____

Telephon/Fax: _____

Bitte einsenden an:
BastA!, Basels starke Alternative
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
oder Fax 691 16 31

Heraus!! Wozu?

Satire

Zum 1. Mai natürlich! Natürlich?



Die Natur will, dass der Mensch ausgiebig schläft, vor allem an Feiertagen. Der 1. Mai ist ein Feiertag. Und ausgerechnet an diesem Tag soll der arbeitende Mensch nicht schlafen dürfen, sondern demonstrieren müssen?! Ein derart naturwidriger Sachverhalt macht misstrauisch. Recherchen in den Archiven der Sozialethargischen Partei (SP) haben denn auch meine schlimmsten Befürchtungen bestätigt.

Ursprünglich ging es ja am 1. Mai um die gesetzliche Verankerung des 8-Stunden - Tages. Und heute? Mä-niglich¹⁾ arbeitet mehr denn je; doch am meisten gekrampft wird am 1. Mai. Der Proletarier¹⁾ steht um 06.00 Uhr auf, duscht, stürzt sich in seinen besten Anzug, frühstückt, plättet die rote Fahne (aussterbendes Brauchtum), begibt sich um 09.00 auf den Messeplatz, reiht sich dort ein in die Arbeitereinheitsfront, nimmt Teil an der Prozession vom Messeplatz zum Marktplatz, zelebriert auf dem Marktplatz die Messe, intoniert inbrünstig die "Internationale" (aussterbendes Brauchtum), empfängt den Segen der Gewerkschaften, arbeitet sich vom Marktplatz auf den Barfüsserplatz vor

und erteilt sich hier nach sechs Flaschen Bier gleich selbst die Absolution, indem er sich fest vornimmt, am nächstfolgenden Werktag wieder pünktlich und nüchtern zur Arbeit zu erscheinen. Dabei ist der Proletarier¹⁾ an und für sich doch Atheist! Hat nicht schon Karl Marx in einem seiner bahnbrechenden Werke konstatiert: "Religion ist Shit" oder so ähnlich?

Kurz, der erste Mai kann mit Fug und Recht als historisches Lehrstück dafür bezeichnet werden, was herauskommt, wenn das Proletariat mit der Bourgeoisie Frieden schliesst: ein Krampf-tag der Ar-

beiterklasse, noch dazu ein religiös verbrämter! Als ob die arbeitenden Massen nicht schon Billionen von Krampf-tagen hinter sich hätten! Als ob die geschundenen Leiber des Proletariats sich nicht nach Ruhe und Schlaf sehnten!

Proletarier¹⁾ aller Länder, wacht

auf! Verschwendet nicht eure Mannes-kraft²⁾! Stählt eure Leiber für eure histo-rische Mission! Wacht auf!! Verschlaft den 1. Mai!

Rudi Ratlos
alias "Deep Sleep"

¹⁾ Politisch nicht korrekt: Frauen sind selbst-verständlich mitgemeint (die Red.)

²⁾ Politisch nicht korrekt: Frauenpower ist selbstverständlich mitgemeint (die Red.)

Samstag, 1. Mai 1999

BastA!-Party „ladies first“: Lifemusik mit Improvisagloria, Lightshows, Bar, Disco mit DJellybean...

- Ab 20.30 Uhr, Unternehmen MITTE (Gerbergasse 30)

Freitag, 7. Mai 1999

Keine Lizenz zum Plündern!
Der Streit um multilaterale Investitionsab-
kommen: Menschen schützen oder Inve-
stitionen?

Referat von Sunsang George

- 20.00 Uhr, Kulturwerkstatt Kaserne

Montag, 3. Mai 1999

Soziale Konsequenzen der Globalisierung
Vortrag von Ueli Mäder, Soziologe

- 18.15-20.00 Uhr, Raum Nr. 115 der HFS-BB (Thiersteinallee 57)

Samstag, 8. Mai 1999

Keine Lizenz zum Plündern!
Arbeitstagung mit diversen Workshops
(Das detaillierte Programm kann bei BastA!
bezogen werden)

- 09.45-17.00 Uhr, Gewerkschaftshaus (Rebgasse 1)

Impressum: Nr. 2/April 1999, Herausgeber: BastA!, Basels starke Alternative, Reb-gasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel./Fax 061 / 691 16 31, PC 40-31244-5, erscheint mind. 4x jährlich, Abo: Fr. 20.-, Redaktion: Martin Brunner, René Etter, Martin Flückiger, Regula Iselin, Druck: Rumzeis Basel